

V-34 Kein EU-Geld für Autokraten - Europas Rechtsstaat schützen!

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Demokratie und Rechtsstaat in Europa sind stark gefährdet! Die Regierung in Ungarn baut
2 systematisch die Demokratie ab. Premierminister Viktor Orbán gründet seine Macht auf
3 Korruption und Vetternwirtschaft. Freie Medien existieren praktisch nicht mehr und die
4 Rechte von Minderheiten und Geflüchteten wurden stark eingeschränkt. In den vergangenen
5 Jahren ließen sich auch in anderen EU-Mitgliedstaaten ähnliche Versuche beobachten, freie
6 Medien zu bedrohen oder die Justiz anzugreifen.

7 Auch die polnische Regierungspartei PiS hat in den vergangenen Jahren einen gefährlichen
8 politischen Kurs eingeschlagen, der die Unabhängigkeit der Justiz untergräbt. Urteile des
9 Europäischen Gerichtshofs werden ignoriert. Die PiS-Partei hat die Rechte von Frauen,
10 Angehörigen der LGBTQI-Community, Geflüchteten und vielen anderen angegriffen.

11 EU-Regierungen, die die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte nicht respektieren,
12 sollten mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen rechnen müssen. Die Bekämpfung von
13 Missbrauch und Korruption mit EU-Geldern muss höchste Priorität haben. Wir können nur dann
14 verhindern, dass Ungarn oder auch andere Mitgliedstaaten wie Polen in autokratische
15 Verhältnisse abgleiten, wenn das Auszahlen von EU-Geldern strikt an die Einhaltung von
16 Rechtsstaatsprinzipien geknüpft wird. EU-Gelder dürfen nicht missbraucht werden, um die
17 Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.

18 Die Europäische Kommission und ihre Präsidentin Ursula von der Leyen sind die Hüterinnen der
19 Europäischen Verträge. Die Kommission ist verpflichtet, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
20 zu verteidigen, zögert aber, die dafür nötigen Instrumente zu nutzen. Trotz der anhaltenden
21 Krise der Rechtsstaatlichkeit erhalten autoritäre Regierungen in Europa weiterhin EU-Gelder,
22 ohne dass daran Bedingungen geknüpft sind.

23 Ungarn, aber auch Polen zählen zu den größten Nettoempfängern in der EU. So erhielt Polen im
24 Jahr 2020 13,2 Milliarden Euro aus dem regulären EU-Budget und Ungarn 4,9 Milliarden Euro.
25 Gegen Ungarn läuft seit April endlich ein Verfahren im Rahmen der
26 Rechtsstaatskonditionalität, das zu einem Einfrieren aller EU-Zahlungen an das Land führen
27 kann.

28 Über den EU-Wiederaufbaufonds könnten noch weitere 35,4 Milliarden Euro an Polen und 7,2
29 Milliarden Euro an Ungarn fließen. Der zuständige EU-Ministerrat hatte im Juni den
30 polnischen Wiederaufbauplan unter Auflagen genehmigt, ohne dass die polnische Regierung
31 zuvor nennenswerte Justizreformen durchgeführt hat. Damit können nun die 35,4 Milliarden
32 Euro in Tranchen an die polnische Regierung ausgezahlt werden, wenn entsprechende
33 Meilensteine erfüllt werden. Diese Meilensteine sind allerdings umstritten, da auch durch
34 deren Erfüllung die EuGH Urteile weiterhin nicht vollständig umgesetzt und die
35 Unabhängigkeit der Justiz nicht wiederhergestellt wäre. Die Verhandlungen zwischen

36 Kommission und ungarischer Regierung über die Genehmigung des ungarischen Wiederaufbauplans
37 dauern noch an.

38 Europa muss die Grundrechte der EU-Bürger*innen in allen EU-Ländern verteidigen. Wir müssen
39 dafür sorgen, dass das Geld der Steuerzahler*innen bei den Bürger*innen ankommt und nicht in
40 den Taschen von Autokraten und ihren Freunden verschwindet.

41 Wir BÜNDNISGRÜNE fordern:

- 42 • Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) auf, im laufenden
43 Rechtsstaatsverfahren gegen Viktor Orbans Regierung die Suspendierung aller EU-
44 Zahlungen an Ungarn auf den Weg zu bringen;
- 45 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat für eine Suspendierung der Gelder
46 an Ungarn zu stimmen und aktiv eine Koalition mit anderen Mitgliedstaaten für die
47 Annahme des Kommissionsvorschlag zu bilden;
- 48 • Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, keine
49 Zahlungsanträge der polnischen Regierung im Rahmen des Wiederaufbaufonds zu
50 genehmigen, solange die polnische Regierung nicht die Urteile des Europäischen
51 Gerichtshofs umgesetzt hat, die in Zusammenhang mit der Erfüllung der "Meilensteine"
52 der EU-Kommission stehen;
- 53 • Die Europäische Kommission auf, den ungarischen Wiederaufbauplan erst zu genehmigen,
54 wenn die ungarische Regierung alle durch die EU-Kommission dokumentierten
55 Rechtsstaatsverstöße behoben hat;
- 56 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat gegen die Genehmigung des
57 ungarischen Wiederaufbauplans zu stimmen, um die Zahlung von Wiederaufbaugeldern an
58 die Orbán-Regierung zu blockieren, solange die ungarische Regierung nicht alle
59 Rechtsstaatsmängel vollständig behoben hat;
- 60 • Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge auf, die bestehenden
61 Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und zeitnah zu nutzen, und die Urteile des
62 Europäischen Gerichtshofs durchzusetzen, vor allem mithilfe der konsequenten
63 Beantragung von Strafzahlungen im Falle einer Nicht-Umsetzung der Gerichtsurteile;

Begründung

Die aktuelle Rechtsstaatskrise ist eine der größten Bedrohungen für die Demokratie in Europa. Diese Herausforderung darf aufgrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine nicht herabgestuft werden. Es geht hier schlichtweg um die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens in Europa. Verpassen wir jetzt ein entschiedenes Gegensteuern, kann das irreparable Schäden an den Demokratien Europas hinterlassen.

weitere Antragsteller*innen

Lukas Benner (KV Aachen); Louisa Geismann (KV Miesbach); Anton Hofreiter (KV München-Land); León Díaz-Bone (KV Bonn); Mechthild Kerkhoff (KV Aachen); Herbert Gilles (KV Aachen); Carla Wüller (KV Aachen); Melanie Penalosa (KV Aachen); Christian Beck (KV Berlin-Mitte); Valentin Bruch (KV Aachen); Fynn Hangarter (KV Aachen); Niklas Klinkenberg (KV Aachen); Marion Zinner (KV Aachen); Alba Luisa De Curtis (KV Münster); Florian Zschalich (KV Landkreis Leipzig); Philipp Noack (KV Aachen); Henrik Rubner (KV

Berlin-Mitte); Benjamin Dick (KV Aachen); Tim Schlößer (KV Aachen); sowie 45 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.